

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köpfer in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.

Annahme von Inseraten Postfach 10 und Kirchplatz 3.
Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hansenstein & Vogler...

Die Lehrer bei Bismarck.

Aus allen Theilen Preussens hatten sich gestern Lehrer der höheren Lehranstalten vereinigt zu einer Halbtagung nach Friedrichshagen. (Auch die Provinz Hannover war stark vertreten. D. R.)
Wie von dort gemeldet wird, trafen Mittags 1 Uhr in zwei Extrazügen etwa 400 Lehrer höherer Lehranstalten Preussens hier ein. Schon über Hamburg waren viele Lehrer eingetroffen. Viele hatten ihre Damen mitgebracht, so das etwa 700 Personen versammelt waren.

Graf Waldersee.

Ein Mitarbeiter der „N. Fr. Pr.“ hat den Grafen Waldersee in Altona besucht. Seinen Mittheilungen entnehmen wir Folgendes: Graf Waldersee ist ein Mann in den Sechszigern. Das bedächtige Deutschland liebt es, die Entscheidung der Dinge in die Hände des erfahrenen Alters zu legen, aber dieser General mit schneigem Haar und Bart hat sich die Elastizität der Jugend bewahrt.

als er vor unserem allerhöchsten Herrn zum ersten Male sprach, sprach er die Rede rasch, von Mühsamkeit gequält. Man hat diese Kürze vielfach falsch gedeutet; des Abends aber war er munter und frisch. „Bleiben Sie!“ sagte er zu mir, als ich um sieben Uhr scheiden wollte. „Ja gehen, bleiben Sie,“ meinte auch die Söhne, die mein fräudler Blick traf, und so kamen wir bis gegen 11 Uhr und ließen alle Erinnerungen wach werden. Der Fürst ist eine mittelbarme Natur.

Deutschland.

Berlin, 9. April. Die „Nat.-Ab. Kor.“ schreibt: „Die Reichstagskommission für die sogenannte „Umformvorlage“ hat auf Grund des konfessionslos-politischen Einvernehmens ihre Arbeit abgeschlossen. Zweifelsfrei war bisher nur die Stellungnahme der protestantischen Kreise zu jenem Kommissionsentwurf. In den letzten Sitzungen der Kommission war keine Erklärung eines Regierungsvertreters erfolgt, die darüber Licht verbreiten konnte. Minister von Köller, der zum Schluß nochmals in den Kommissionsverhandlungen sich einwand, befürwortete lebhaft eine solche Bestätigung, daß die verbündeten Regierungen ihre Zustimmung dazu erteilen könnten. Aber in welcher Richtung und wie im Einzelnen diese Bestätigung werden möchte, behält auch Minister von Köller vollkommen für sich. Seitdem begannen wir in der Presse lebhaft widerprüchliche Nachrichten über die in Regierungskreisen obwaltende Auffassung betreffs der Kommissionsentschlüsse. Soweit diese Stimmungsberichte überhaupt einen Schluß gestatten, kann er natürlich nur dahin gehen, daß überhaupt im Schoße der verbündeten Regierungen eine Uebereinstimmung noch nicht erzielt ist. Anders wäre es wenigstens kaum zu verstehen, daß die Regierungsveterane in der Kommission, den preussischen Minister des Innern nicht ausgenommen, auf alle Forderung, wie auf die Wahrung eines eigenen Regierungsstandpunktes mehr und mehr Verzicht geleistet haben. Wieweit der Zustand der Unschlüssigkeit in Regierungskreisen bisher überkommen werden konnte, entzieht sich der öffentlichen Einsicht. Bekannt ist nur, daß sowohl der Bundesrat, als auch das preussische Staatsministerium in der verflochtenen Woche noch Sitzungen abgehalten haben und daß auch nach dieser Gelegenheit sich gegenseitiger Ansprache nirgends ein offizieller Besuch unternommen wird, die Kommissions-ergebnisse zu Gunsten der Regierungsvorlage zu verhandeln. Wohl aber hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ Veranlassung genommen, den Beruf des Merkantilismus zur Vertheidigung der staatlichen und kulturellen Erzeugnisse gegen Unterwerfung aller Art besonders in Schutz zu nehmen. Inwiefern ist es wohl gerathen, derart in Presse-ergebnissen möglichst wenig Gewicht beizulegen. Insbesondere dürfte eine solche Warnung zur Vorsicht in Anbetracht der zweiten Auslieferung desselben Blattes am Platze sein. Hier begünstigt sich nämlich das Blatt nicht mehr damit, dem Merkantilismus Aufmerksamkeiten zu bezeugen, die zu nichts verpflichten. Vielmehr beginnt es mit einer Strafpredigt an die Adresse der National-liberalen, die nur dann einen Sinn hätte, wenn die Regierungsvorlage völlig preisgegeben und dem Ergebnisse der Kommission bedingungslos die Zustimmung erteilt wäre. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ mag das Verständnis dafür, daß in einem solchen Umschlag nur Schwäche sich verräth, wohl gefest haben. Die Würdigung, welche dem Artikel des Blattes zu Theil geworden, dürfte aber auch die Regierung belehren, wie sehr sie es ihrem eigenen Ansehen schuldig ist, bei der zweiten Plenarberatung mit bestimmten Erklärungen, und zwar im Einzelnen wie im Ganzen, hervorzutreten.

Oesterreich-Ungarn.

Am 4. d. Mts. ist, wie bereits gemeldet, der Provinzial-Steuerrichter, Wirkliche Geheimrath Ober-Finanzrath Beine zu Rassel in Folge eines Unfalls plötzlich gestorben. Wilhelm Engelbert Beine wurde im Jahre 1830 in Niesheim an der Provinz Westfalen geboren und trat, nachdem er im Jahre 1857 zum Gerichts-Assessor ernannt war, in die Verwaltung der indirekten Steuern ein. Im Jahre 1869 erfolgte seine Ernennung zum Regierungsrath und zum Mitgliede der Provinzial-Steuerrichterkommission zu Danzig. In Folge seiner hervorragenden Begabung und Leistungsfähigkeit wurde er im Jahre 1872 als Hilfsarbeiter in das Finanzministerium berufen, worauf er 1873 zum Geheimen Finanzrath und vortragenden Rath in diesem Ministerium und 1876 zum Geheimen Ober-Finanzrath befördert wurde. Von 1878 bis 1888 hat er die Stelle des Provinzial-Steuerrichters für die Provinz Posen und seitdem die Stelle des Provinzial-Steuerrichters für die Provinz Hessen-Nassau bekleidet. Ende vorigen Jahres wurde ihm der Charakter als Wirklicher Geheimrath Ober-Finanzrath mit dem Range der Nähe erster Klasse verliehen. Während seiner Dienstjahre hat Beine die ihm obliegenden Dienstschäfte mit Umsicht und Geschick erledigt und sich die volle Anerkennung seiner Vorgesetzten erworben. Sein Tod ist ein schmerzlicher Verlust für die Verwaltung. Sein Andenken wird in Ehren bleiben.

Boettcher und stellte Herrn Dr. Kohnrauch in einer Ansprache, in welcher er der hohen Verdienste des verstorbenen Präsidenten von Desmohl gedachte, der Vermählung aus nummernreichen Reihen der Anstalt vor. Dr. Kohnrauch dankte in bewegten Worten für das in ihn gesetzte Vertrauen und sprach die Hoffnung aus, daß es ihm, getragen von der wohlwollenden Fürsorge der Reichsverwaltung und unterstützt von der Beihilfe seiner bewährten Mitarbeiter, gelingen möge, die Anstalt im Sinne seines Vorgängers einer gesunden Entwicklung entgegenzuführen. Nach Vereidigung des neuen Präsidenten fand die feierliche Handlung mit einem Rundgang durch die Laboratorien der Anstalt ihren Abschluß.

Frankreich.

Paris, 7. April. Ein Meeting von etwa tausend Personen wurde gestern Abend in dem Theatralischen Saal abgehalten, zu dem Zweck, gegen das Gesetz zu protestieren, welches die Arbeitseinstellungen der Eisenbahnbediensteten und der Arbeiter der Staatsfabriken verhindern soll. Unter den Rednern, welche die üblichen Argumente vorbrachten, hatte ein Mitglied der Föderation der Hüttenarbeiter, Bürger Teroy, der auch in Pantin das große Wort zu führen pflegt, eine unbestreitbare Größe. Er ließ das Vorbild seiner Korporation leuchten, welche sich niemals lange behauptet und sich zum Streik entschloß, sobald einem der Ihrigen Unbill widerfuhr. Dagegen murrten viele Anwesende, als der Bürger Hamelin, ein Buchdrucker, die Behauptung vorzubringen wachte, die Verbindung der Arbeit mit dem Kapital habe ihr Unrecht, und die Föderation des Buchs, die aus 140 Syndikaten bestehe, sei ihr größtentheils gewogen. Es vermochte die Anpreisungen nicht zu befriedigen, als er begünstigt hinzutrat, die Drucker, Buchbinder u. s. w. wären solidarisch mit ihren Kameraden von den Eisenbahnen und Staatsfabriken verbunden. Kurz vor Witternacht machte die Versammlung, in der das weibliche Element stark vertreten war, einen Entschluß, dem zufolge „alle Berufsarten auf die reaktionären Bestrebungen der Regierung mit einem Generalstreik antworten werden.“

Dänemark.

Kopenhagen, 7. April. Am 9. April finden in Dänemark die Wahlen zum Folketing statt, die als erste Wahlen nach dem im vorigen Jahre abgeschlossenen Verfassungstamps, ermöglicht durch das Zusammengehen eines Theils der Gemäßigten und der Rechten, von besonderer Bedeutung sind. Da die Wahlparole für oder gegen den geschlossenen Ausgleich der beiden Parteien lautet, bilden diese Folketingswahlen gleichzeitig eine Entscheidung über die neu geschaffene Ordnung und insbesondere die Haltung der Gemäßigten, deren Verhandlungspolitik zwar durch die Folketingswahlen vor drei Jahren, die der entscheidenden Opposition einen erheblichen Verlust brachten, eine gewisse Befähigung erhielt, von es jedoch zweifelhaft ist, ob das Unergebnis die Wiltigung aller gemäßigten Wähler findet. Dieses Unergebnis war in erster Linie die Anerkennung der kopenhagener Befestigungen und die nachträgliche Enthaltung der gegen den Willen des Folketings für die Befestigungen aufzubehaltenen Mittel. Zahlreich hatten die Gemäßigten im Verein mit den Radikalen, mit dieser zusammen einst eine starke Opposition im Folketing, wegen der auf „proofortischem“ Wege verbrauchten Gelder das Finanzgesetz zu Falle gebracht, bis 1891 die Gemäßigten ihre alten Bundesgenossen im Stiche ließen und mit der Rechten zusammengingen. Wohl ermöglichte die Neuhandlung mit der Rechten wieder die Aufhebung der Befestigungsarbeiten, die während des Verfassungstamps so gut wie ganz ins Stocken geraten war, doch wurde der Friede immerhin doch nur durch die Kapitulation des Folketings erkauft. 15 von den 40 Gemäßigten im Folketing, deren Führer Döhlen ist, waren im vorigen Jahre gegen den Ausgleich und stimmten gegen das Hausgesetz, und diese 15 Gemäßigten bilden mit den Radikalen und den paar Sozialdemokraten seit dem vorigen Frühjahr eine 46 Mann starke Opposition, der 31 Konservative und die 25 verhandelnden Gemäßigten gegenüber stehen. Nach der in diesem Jahre beschlossenen Aneinandertheilung der Wahlkreise ist deren Zahl von 102 auf 114 erhöht worden, von welcher Neuordnung die Opposition behauptet, daß sie zu ihren Ungunsten angefallen sei. Die oppositionellen Parteien unterstützen einander gegenseitig. In Kopenhagen haben die Radikalen und die Sozialdemokraten die 13 Wahlkreise unter sich verteilt. Bisher wurde Kopenhagen (nach der alten Ordnung noch 9 Kreise) durch fünf Konservative, zwei Radikale und zwei Sozialdemokraten vertreten, und augenscheinlich haben die letzteren alle Aussicht, hier noch einige Plätze zu erobern, denn die schlechtesten Kreise sind es nicht, die sich die Sozialdemokraten ausgesucht haben. Ob aus den Trümmern der oppositionellen Gruppen eine gemeinsame Front erwächst, scheint vorerst noch fraglich. Jedemfalls herrscht Mangel an führenden Geistern. Dörup, der einstige Führer der „Europäer“, wurde 1892 durch den anfänglich im Boykottischen Fahrwasser schwimmenden und jetzt wieder wachsende oppositionell gewordenen Höchstengerichtspräsidenten Alberti aus seinem Wahlkreise Krige verdrängt, und Dr. De Braband, nach ihm das bedeutendste Mitglied, warf die Krone ins Korn und legte sein Mandat nieder. Ein Zusammengehen der Rechten und der verhandelnden Gemäßigten ist gleichfalls anzunehmen, aber schon schwieriger, weil vier mit den Agariern zu rechnen ist. Die Konservativen sind diesen durchaus nicht grün, und die Agariere sind gleichfalls nicht übermäßig zurückhaltend. Als Stützpunkt als Mitglied des Landstings gegen die Staatsgarantie für Kreditvereine - Obligationen auftrat, schrieb das Organ der Agariere, daß Stützpunkt ja niemals einen Akt für die Landwirtschaft gehabt habe. Damit erzieht sich gleich, jetzt die Stellung der Agariere der Regierung gegenüber, deren Richtung seit Streups Abgang

Belgien.

Brüssel, 7. April. Als nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Deernaert das Ministerium de Viret aus Brüssel kam, erklärte es unter dem Beistande der liberalen schützpolizeilich gestimmten Mehrheit, daß es der verfassungsmäßigen Politik eine „neue Orientierung“ geben werde. Das seit seinem Bestehen freihändlerisch gestimmte Belgien soll in schützpolizeilichem Wahnsinn hinübergelockt werden. Um seine Zufolge einzulösen, hat das Ministerium eine Vorlage eingebracht, die, um beim der Antwortener Hohenbezug durch die deutschen und holländischen Häfen bereiteten Wettbewerb entgegenzutreten, die Zoller- und Zölleabgaben auf der Schelde befreit, aber gleichzeitig im Interesse der nothwendigen Landwirtschaft und einzelner Industriezweige neue Einfuhrzölle einführt. Die sechs Abtheilungen der Kammer waren auf gestern einberufen, um diese Regierungsvorlage zu erörtern und einen Ausschuss zu ihrer Vorberatung zu ernennen. Wie zu erwarten war, haben die Liberalen, Sozialisten und die Vertreter Antwerpens diese Vorlage auf das schärfste bekämpft; ein Antrag, die Aufhebung der Scheldeabgaben; von der Vorlage abzulehnen und gesondert zu beraten, wurde abgelehnt. Die liberale Mehrheit war mit der Vorlage zwar voll einverstanden, fand sie aber nicht ausreichend; sie wollte nicht nur die von der

